

Antrag

Der GeoDACH e.V., die Vertretung aller deutschsprachigen Geographiestudierender, richtet sich an die demokratischen Parteien Deutschlands. Insbesondere die im Bundestag vertretenen Parteien CDU, CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke werden aufgefordert, einen Antrag auf Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens über die AfD gemäß Art. 21 Abs. 2 und §§ 43 ff. des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes zu stellen.

Begründung:

Die Alternative für Deutschland (AfD) vertritt in weiten Teilen ein menschen- und demokratieverachtendes Weltbild. Durch rassistische, antisemitische und antidemokratische Positionen fördert sie Ausgrenzung, Hass und die Spaltung der Gesellschaft. Zahlreiche Äußerungen und Handlungen ihrer Funktionär*innen belegen eine systematische Missachtung der Menschenwürde sowie eine Ablehnung zentraler Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Darüber hinaus versucht die AfD, demokratische Institutionen zu delegitimieren und wissenschaftliche Erkenntnisse – etwa zum Klimawandel oder zur Migration – aus ideologischen Gründen zu leugnen. Diese Haltung gefährdet das friedliche und pluralistische Zusammenleben in Deutschland.

Ein Parteiverbotsverfahren nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes ist daher ein notwendiger Schritt, um die Demokratie vor ihren erklärten Feinden zu schützen und die Werte von Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde zu verteidigen.